

Die Beratende Landesversammlung – 1. Sitzung

-von Joachim Hennig-

REGION. Im letzten Beitrag zu dieser Reihe wurde über das Zusammentreten der Beratenden Landesversammlung am 22. November 1946 berichtet. Dieses Ereignis war auf dem Weg zur Entstehung unseres Landes so wichtig, dass an jedem Jahrestag eine Festveranstaltung stattfindet. So war es auch am 22. November 2021. Mit dem Festakt im Koblenzer Stadttheater wurden diesmal sogar die offiziellen Feierlichkeiten zum Landesjubiläum eröffnet. Die Bedeutung des Ereignisses gebietet es, hierauf noch näher einzugehen.

Die Rhein-Zeitung schrieb am 23. November 1946 über die 1. Sitzung der Beraten-



Dr. Else Peerenboom-Missong (1893-1958), CDP/CDU. Quelle unbekannt

den Landesversammlung im Koblenzer Stadttheater: „Das Bild in dieser Stätte Jahrhunderte alter Kulturtradition war würdig und eindrucksvoll. Die Bühne trug schlichten Schmuck, im Parkett hatten die 127 Abgeordneten Platz genommen. Die Logen blieben den Gästen vorbehalten, u. a. den Vertretern der Militärregierung an der Spitze Gouverneur Hettier de Bois Lambert.“

Die Reden wurden von der Bühne aus gehalten. Dort saßen auch die Mitglieder des Präsidiums und später die Mitglieder der Vorläufigen Landesregierung. Am Nachmittag wählten die Abgeordneten den seit Kriegsende in Bingen wohnenden Ernst Albert Lotz (CDP/CDU) zum Präsidenten der Beratenden Landesversammlung. In seiner Antrittsrede sagte Lotz u. a.: „Wir sind nicht berechtigt, über die zukünftige Einordnung von Rheinland-Pfalz zu entscheiden. Aber ich halte es für meine Pflicht, unsere Wünsche gerade in dieser Grundfrage heute zum Ausdruck zu bringen. Wir erhoffen die Bildung eines deutschen Bundesstaates, in den eingegliedert Rheinland-Pfalz seine geschichtliche Aufgabe weiterhin erfüllen kann. Eine Ausschaltung unseres Landes aus dem deutschen Lebensraum würde nicht nur eine Schwächung des demokratischen Gedankens in diesem bedeuten, sondern



75 Jahre Rheinland-Pfalz

auch das Hochziel, die Vereinigten Staaten von Europa zu bilden, in weite Ferne rücken.“

Vorsitzender der CDP/CDU-Fraktion wurde der Regierungspräsident von Montabaur, der Koblenzer Peter Altmeier, Vorsitzender der SPD-Fraktion der damalige Oberregierungspräsident von Hessen-Pfalz Hans Hoffmann. Sie waren die beiden dominierenden Persönlichkeiten in der Beratenden Landesversammlung. Für Altmeier wurde der Fraktionsvorsitz Ausgangspunkt einer politischen Karriere. Ein halbes Jahr später war er – und dann für mehr als 20 Jahre – Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz; er prägte das Land weit über diese

Zeit hinaus. So weit war es damals aber noch längst nicht. Am 22. November 1946 prägten diese Schlüsselbegriffe die Debatte der Versammlung: Verelendung, Siechtum, Verzweiflung, sittlicher Verfall und Gefährdung der Demokratie. Erst am Tag vorher, am 21. November 1946, hatte es eine Protestkundgebung mit 30 000 Arbeitern in Ludwigshafen gegeben. In der Resolution dazu hieß es: „Die Not und das Elend (...) steuern der allgemeinen Katastrophe zu. Die Versammlung der Arbeitnehmer aller Betriebe aus Ludwigshafen richtet deshalb in letzter Stunde den Appell an die Zivil- und Militärregierung und auch an die ganze Welt, einzugreifen

und uns zu ermöglichen, diesen Winter zu überstehen.“

In dieser Situation waren die Ernährungs- und Versorgungslage die beherrschenden Themen der konstituierenden Sitzung. Die Debatte dazu eröffnete der pfälzische SPD-Abgeordnete Franz Bögl. Er kritisierte den Schwarzhandel, an dem sich die Profiteure des Hitler-Regimes bereicherten, und warnte davor, dass die Versorgungskrise die sich gerade zaghafte entwickelnde Demokratie gefährde.

Anschließend ergriff Frau Dr. Else Peerenboom-Missong von der CDP/CDU das Wort: „Wir sind auf dem Wege, in eine physische und moralische Verel-

endung zu gehen, die uns Menschen schändet“, sagte sie und nannte im Einzelnen die Ausbreitung der Tuberkulose, die zunehmende Erschöpfung der Männer am Arbeitsplatz und die Gefährdung der Jugend. Und weiter: „Es muss mit allem Freimut festgestellt werden, dass wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr leben können. (...) Wir fordern einen Ausschuss zur Behebung der Hungersnot. Er soll an die Arbeit gehen. Wir wissen, wir sind arm, wir wollen und müssen uns bescheiden, aber wir wollen leben (...) Wir sind zusammengetreten als eine verfassungsgebende Landesversammlung. Für Gräber brauchen wir keine Verfassung!“

Die Beratende Landesversammlung bildete dann insgesamt zehn Unterausschüsse. Einer war der Ernährungs- und Versorgungsausschuss. Den Vorsitz übernahm der Koblenzer Peter Altmeier. Else Missong hatte sich mit ihrer „Brandrede“ aber um ihre Chancen gebracht: Mit einem Schlag war sie aus dem Rennen um das Amt der Wohlfahrtsministerin in der in den nächsten Tagen zu bildenden Vorläufigen Regierung. Es habe ihr – so hieß es – sogar Gefängnis gedroht. Jedenfalls setzte sich die Fraktionsführung mit Peter Altmeier an der Spitze durch. Daraufhin legte Else Missong ihr Mandat in der Beratenden Landes-

versammlung nieder und trat sehr bald aus der CDU aus. Diese „Affäre Missong“ hatte nicht nur für sie persönlich, sondern auch für die Beratende Landesversammlung Konsequenzen. So verlangte die französische Militärregierung daraufhin von allen Fraktionsvorsitzenden, sämtliche Reden ihrer Fraktionskollegen zu überprüfen. Damit waren die Fraktionsvorsitzenden für die Franzosen Kontrollinstanz in der Beratenden Landesversammlung. Die weitere Folge war, dass Kritik an der französischen Militärregierung vorerst kaum stattfand.

Die Beratende Landesversammlung bildete insgesamt zehn Unterausschüsse. Neben dem erwähnten Ernährungs- und Versorgungsausschuss konstituierte sich natürlich – denn die Erarbeitung eines abschließenden Entwurfs der Landesverfassung war ihre entscheidende Aufgabe – auch ein Verfassungsausschuss. Vorsitzender dieses Ausschusses wurde – wie bereits des Verfassungsausschusses der Gemischten Kommission – Dr. Adolf Süsterhenn. Süsterhenn war das einzige Mitglied des Verfassungsausschusses der Gemischten Kommission, das auch Mitglied dieses Verfassungsausschusses wurde. Er war aber nur kurze Zeit dessen Vorsitzender, weil er dann Justizminister in der Vorläufigen Regierung wurde. Das zu schildern, bleibt aber der nächsten Folge dieser Reihe vorbehalten.



Dr. Ernst Albert Lotz (1887-1948), CDP/CDU, erster Präsident der Beratenden Landesversammlung.

Quelle: Archiv des Landtags Rheinland-Pfalz